



ARE-KURZINFORMATION – Fax/ email-Kette Nr. 193 -vip- Pläntz, den 08.03.2011

Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände und Gruppen, liebe Mitstreiter für Rechtsstaat, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, Wiedergutmachung, Rehabilitierung und Vollendung der deutschen Einheit, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein wichtiger Termin für uns alle steht bevor- und wir zählen auf Sie und Ihre Teilnahme!

Auf nach Potsdam zum 16. April!

Vor fast zwanzig Jahren, nämlich am 23. April 1991 verkündete das Bundesverfassungsgericht unter dem Vorsitz von Prof. Roman Herzog bekanntlich das so genannte „1. Bodenreformurteil“, das in seiner problematischen „Auslegbarkeit“ und den daraus resultierenden Konsequenzen bis heute für den deutschen Rechtsstaat eine dramatische Abwärtsspirale ausgelöst hat.

Zusammen mit Wissenschaftlern verschiedener Bereiche, Rechtsanwendern, Organisationen und Rechtsstaatlern in Ost und West wollen wir diesen 20. Jahrestag und die damit verbundene Erinnerung zu einer neuen Initiative nutzen. Es geht dabei darum, die in letzter Zeit weiter fortgeschrittenen Erkenntnisse zum Thema der Verfolgungen/Konfiskationen von 1945-1949 grundlegend auszuwerten und endlich eine -nach unserer Überzeugung- unzweifelhaft gebotene und angemessene Aufarbeitung auf den Weg zu bringen. Hierzu möchte ich Sie

am Samstag, den 16. April 2011 ab 10 Uhr

in den großen Saal des “ Museums der brandenburgisch-preußischen Geschichte“ in Potsdam

einladen und Sie herzlich um Mitwirkung und Unterstützung des Vorhabens im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bitten. Wir arbeiten nämlich an einem „Appell von Potsdam“, der unter dem Motto „Die Potsdamer Sieben“ die entstandenen Defizite in rechtsstaatlicher Hinsicht, verdichtet in den drei Entscheidungen des BVerfG zur Frage der „Boden- und Industriereform“, benennt und Ausgangspunkte sowie Wege aus der entstandenen „Schieflage“ aufzeichnet.

Mit der kürzlich erreichten Fristverlängerung für die straf- und die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung bis 2019 sowie der neuen, im wesentlichen aufgrund von Initiativen der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) erreichten Regelungen zur Schadensbegrenzung sowie noch zu realisierender Zusagen der gegenwärtigen Koalition im Bund zur Beseitigung von Defiziten u.a. als Folge des Urteils vom 23. April 1991 in Karlsruhe bestehen nunmehr einige Möglichkeiten und ein begrenztes Zeitfenster zur Umsetzung der u.E. dringend gebotenen Kurskorrekturen in Richtung Rechtsstaatlichkeit.

Dies wollen wir mit beträchtlichem Einsatz und Ausdauer nutzen- und brauchen dafür Ihre Unterstützung! Bitte um Anmeldungen, Programm in Kürze; Detail- Informationen, auch zur Hotelliste etc .erfragen Sie bitte in Borken/Niederstein bei Frau Schütz (05624- 9262 -58; Fax -68) So weit für heute, viele Grüße Ihr ARE Team

Manfred Graf v. Schwerin
-ARE-Bundesvorsitzender-